Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber, Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1925 Wochenkalender 5685

	Februar	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	22	28	
Montag	23	29	
Dienstag	24	30	ראש חדש
		Adar	
Mittwoch	25	1	ראש חדש
Donnerstag	26	2	
Freitag	27	3	
Samstag	28	4	תרומה הפסק

Das Jüdische Echo

Nummer 8 — 20. Februar — 12 Jahrgang

Zionistischer Gruppenverband für Bayern u. Württemberg

Sonntag, 1. März 1925

Tagung des Verbandes in Bamberg

Tagesordnung:

Samstag, 28. Februar, abends: Öffentlicher Vortrag des Vorsitzenden der Zionistischen Vereinigung für Deutschland Herrn Kurt Blumenfeld

Sonntag, 1. März, vormittags: 1. Palästinareferat und Bericht über die zionistische Arbeit in Deutschland. (Referent: Kurt Blumenfeld.) 2. Bericht und Aussprache über die Arbeit im Gruppenverband. 3. Diverses. 4. Wahlen.

Sonntag, 1. März, nachmittags: Interne Beratungen.

Zur Tagung des Zionistischen Gruppenverbandes für Bayern und Württemberg

Der Zionistische Gruppenverband für Bayern und Württemberg hält seine diesjährige Tagung am Sonntag, den 1. März in Bamberg ab. Die Tagungen des Gruppenverbandes haben stets auf die Zionisten unseres Bezirkes eine starke Anziehungskraft ausgeübt und es darf erwartet werden, daß auch diesmal recht viele unserer Freunde zu dieser Tagung kommen werden. Gerade für die Zionisten in den kleineren Gemeinden, die fern sind von dem pulsierenden Leben der größeren Gruppen, ist hier fast die einzige Gelegenheit gegeben, alte Beziehungen aufzufrischen und sich über die wichtigsten Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu informieren.

Auch diejenigen, die der zionistischen Bewegung nicht unmittelbar angehören, werden durch die Teilnahme an den Vorträgen und dem öffentlichen Teil der Tagung einen ideellen Gewinn davon tragen. Die Palästinabewegung hat weite Kreise der Judenheit ergriffen, deren reges Interesse nur dadurch befriedigt werden kann, daß sie mit den wirklichen Trägern des Palästina-Aufbaus in lebendige Berührung kommen werden.

Durch die Anwesenheit des Vorsitzenden der zionistischen Vereinigung für Deutschland, Herrn Kurt Blumenfeld, wird die Tagung ein ganz besonderes Gepräge erhalten. Die Zionisten Bayerns und Württembergs dürfen es sich zur besonderen Ehre rechnen, daß ihre Tagung durch die Anwesenheit des Herrn Blumenfeld ausgezeichnet wird. Ist auch seine Persönlichkeit den meisten Zionisten unseres Bezirks längst nicht mehr unbekannt, so wissen wir doch, daß er uns immer wieder etwas Neues zu sagen hat, und hoffen, daß seine Anwesenheit für unseren Gruppenverbandstag das bedeuten wird, was die Anwesenheit Weizmanns für den Wiesbadener Delegiertentag war.

Neben der Besprechung unserer Palästinaarbeit werden wichtige Fragen der Arbeit unseres engeren Bezirks, der zionistischen Innen- und Außenpolitik zur Besprechung kommen. Für die Mitarbeiter an unseren wichtigsten Fonds, dem Keren Kajemeth und dem Keren Hajessod werden gesonderte Besprechungen abgehalten. Am Samstag Abend findet ein öffentlicher Vortrag von Herrn Kurt Blumenfeld im Saale des Hotels Eckenbüttner statt.

Tagesordnung für Sonntag vormitt.:

1. Palästinareferat und Bericht über die zionistische Arbeit in Deutschland (Referent: Hr. Kurt Blumenfeld).
2. Bericht und Aussprache über die Arbeit im Gruppenverband.
3. Diverses.
4. Wahlen.

Nachmittags: Interne Beratungen.

Teilnehmer an der Tagung wollen sich bis zum 25. Februar beim Büro des Gruppenverbandes, Nürnberg, Fürtherstr. 87, oder bei Hrn. Alfred Katz, Bamberg, Langegasse 3, anmelden. Besondere Wünsche in bezug auf Quartier und Verpflegung werden gerne angenommen. Für Jugendliche stehen Massenquartiere zur Verfügung.

Die rückständigste Gemeindeverwaltung in Bayern

Am Montag, den 16. Februar fand in Fürth eine von einem vorbereitenden Komitee der Jüdischen Volkspartei einberufene Versammlung statt, die sich mit dem angesichts der in kurzer Zeit ablaufenden Amtsperiode der augenblicklichen Verwaltung der jüdischen Gemeinde in Fürth aktuellen Thema: „Unsere Forderungen an die jüdische Gemeinde" beschäftigte. Von den Referenten, Herrn Hermann Messinger und Dr. J. Bamberger wurde die traurige Feststellung gemacht, daß trotz vielfacher Anstrengungen und Bemühungen von wahrhaft demokratischen Juden die Fürther jüdische Gemeinde als die einzige in Bayern es gelegentlich der letzten Wahlen fertig gebracht habe, den in Fürth ansässigen nichtreichsdeutschen Juden, obwohl diese sämtlich seit mindestens 10—15 Jahren in Fürth wohnen, arbeiten und Steuern zahlen, nicht nur das passive, sondern sogar das aktive Wahlrecht zu verweigern.

Diese undemokratische und wahrhaft unjüdische Haltung der Gemeindevertretung habe sich auch in den letzten Jahren nicht geändert, trotzdem man doch habe sehen müssen, daß sich niemand in ganz Deutschland heute der Erkenntnis verschlossen habe, daß in jüdischen Angelegenheiten die Frage der Staatsangehörigkeit keine Rolle zu spielen hat. Auf der anderen Seite habe man sich nicht gescheut, z. B. die im Kriege gefallenen Ostjuden für sich zu reklamieren, wie man auch den Steuerzahlungen für die Kultusgemeinde durch diese im öffentlichen Rechte der jüdischen Gemeinde völlig Entrechteten durchaus nicht ablehnend gegenübersteht.

Die Versammlung war sich völlig einig darüber, daß derartige, nur durch die Passivität eines Teiles der jüdischen Bevölkerung in Fürth erklärlichen Zustände für die Zukunft nicht mehr geduldet werden sollen. Für die Zionisten gaben die Referenten, für die Agudah Herr Landau bindende Erklärungen darüber ab, daß sofort an die Konstituierung einer jüdischen Volkspartei in Fürth geschritten werden solle, die nach Maßgabe einer von der Versammlung einstimmig angenommenen Resolution sofort die Arbeiten aufzunehmen habe.

Die von Herrn Dr. Liebstädter eingebrachte Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die am 16. Februar 1925 in Fürth Versammelten beauftragen eine Kommission, die aus den Vertretern der Ostjuden, Zionisten und Agudisten zusammenzusetzen ist, mit der Vertretung der jüdischen Gemeinde in Fürth über die Frage der Gewährung des Wahlrechts für die in Fürth langjährig ansässigen nichtreichsdeutschen Juden zu verhandeln und zu versuchen, diese Minimalforderung auf dem Wege friedlichen Übereinkommens zu erreichen.

Sollte dieser letzte Versuch gütlicher Einigung mißlingen, so erklärt die Versammlung ihren entschiedenen Willen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, insbesondere durch die Aufnahme des Wahlkampfes die Durchsetzung ihrer gerechten Wünsche zu erzwingen."

Es wurde dann auch sofort eine Kommission gewählt, die unmittelbar ihre Arbeiten aufnehmen wird. Wir hoffen, daß es ihr gelingen wird, auf dem Wege der Verhandlungen ihr von Gerechtigkeit und Selbstverständlichkeit diktiertes Ziel zu erreichen, damit es möglich wird, um den sonst allerdings unvermeidlichen Wahlkampf herumzukommen. Es wird diesmal nicht möglich sein, unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine große Anzahl jüdischer Menschen um ihr jüdisches Bürgerrecht zu bringen. Wir vertrauen darauf, daß es auch in Fürth Wähler genug geben wird, die unbeschadet ihrer sonstigen politischen Einstellung es nicht über sich bringen werden, eine derartige, nur an antisemitischen Maßstäben meßbare Politik mitzumachen.

Li-r.

Das Echo der Woche

In unserer letzten Nummer haben wir uns gründlich mit der Haltung des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" während der Wahlkampagne zum preußischen Gemeindeverband auseinandergesetzt. Wir haben unserer — wie uns scheint — berechtigten Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, daß dieser Verein entgegen dem Sinne seiner zentralen Aufgabe die Neutralität gegenüber den jüdischen Parteien verlassen hat und in diesem Kampf selbst Partei geworden ist. Wir empfinden es als schmerzliche Wunde am Körper des gesamten deutschen Judentums, daß der Zentralverein sich an dem Kampf der Parteien in dieser Weise beteiligte und daß er es ist, der die Verhetzung der jüdischen Parteilager untereinander fördert.

Ganz anders ist unsere Einstellung bei der Betrachtung der Rolle, die Naumann und sein Verband der national-deutschen Juden in diesem Wahlkampf gespielt haben. Das Gefühl ernster Entrüstung macht hier der Satyre eines Beobachters Platz, der den Taten dieses neuesten jüdischen Don Quichottes und seines Anhanges mit der sicheren Empfindung zusieht, daß sein Ende sich nicht wesentlich von dem jenes „Ritters von der traurigen Gestalt" unterscheiden wird.

Während man von allen übrigen Parteien, die sich am Wahlkampf beteiligt haben, keineswegs behaupten kann, daß sie eine entscheidende oder überhaupt eine Niederlage erlitten hätten — selbst bei der konservativen Partei, die infolge gewisser Widrigkeiten in Berlin eine freilich empfindliche Schlappe erlitten hat, kann man doch angesichts der 22 Sitze, die sie voraussichtlich zusammen mit der Mittelpartei einnehmen wird, höchstens von einer zahlenmäßigen, keineswegs aber von einer moralischen Einbuße der Partei sprechen —, hat allerdings die Partei der national-deutschen Juden eine Niederlage erlitten, wie sie kaum größer gedacht werden kann. Sie zieht mit einem Kandidaten in den preuß. Landesverband! Und auch diesen Sitz hätte die Naumanngruppe nicht erhalten, hätte die Berliner liberale Liste sich nicht eines ihrer Vertreter an 26. Stelle angenommen. Daß die Liberalen selbst das Unzweckmäßige und Peinliche dieser Liaison deutlich empfunden haben, geht aus der wohlbeobachteten Tatsache hervor, daß, während in den Veröffentlichungen der liberalen Flugblätter und der liberalen Zeitungen in der Liste der aufgestellten Kandidaten stets hinzugefügt wurde, welcher jüdischen Organisation die Betreffenden angehören — Zentralverein, Frauenbund der Loge, Verein selbständiger Handwerker jüdischen Glaubens, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten usw. — unter Nr. 26 der Berliner liberalen Liste ganz schlicht und schamhaft steht: „Dr. Alfred Peyser, Sanitätsrat", wobei also absichtlich verschwiegen wird, daß dieser Dr. Peyser mit dem Vorstandsmitglied des Verbandes nationaldeutscher Juden identisch ist! Für das Versteckspiel, das die Liberalen mit dieser „heimlichen Liebe" zu spielen gezwungen waren, und für die Verlegenheit, in die sie bei Erwähnung dieser Mesalliance gerieten, charakteristisch ist die Antwort, die einer der Hauptwortführer des Zentralvereins in einer Berliner Wählerversammlung gab, als man nach seiner Stellung zu der Naumanngruppe fragte: „Bitte, fragen Sie mich heute nicht, wie ich zu Naumann stehe. Nach der Wahl

will ich Ihnen gern darauf Auskunft geben!" „Das schallende Gelächter", so berichtet ein Ohrenzeuge, „mit dem die tausendköpfige Versammlung dieses Verlegenheitsgestammel quittierte, zeigte wohl deutlich, wie man diese Auskunft beurteilte". Übrigens erklärten die Liberalen, um die schädlichen Wirkungen dieses wahlpolitischen Mißgriffes auch nur einigermaßen zu paralysieren, noch in letzter Stunde die Behauptung, daß sie mit der Naumanngruppe eine Listenverbindung eingegangen seien, als Verleumdung! Mit welchem Recht freilich, das bleibt wohl ein unaufgeklärtes Geheimnis der liberalen Politiker. Als Tatsache steht jedenfalls fest, daß Naumann in seinem Wahlaufruf die liberale Liste empfahl, die zwar nicht alle seine Wünsche erfülle, die aber mehrere (!) führende Mitglieder des Verbandes national-deutscher Juden enthalte, „von denen erwartet werden kann, daß sie mit der Faust auf den Tisch schlagen, wenn Ostjudentum, Zionismus und starrköpfiges Alljudentum unser Deutschtum zu rauben oder zu verfälschen suchen".

Das Flugblatt, dem dieser letzte Satz entnommen ist, war vom national-deutschen Judenverband in vielen tausenden Exemplaren versandt worden und ist auch als Sondernummer des Mitteilungsblattes „Der national - deutsche Jude" herausgekommen. Und nicht nur dies: am Tage vor der Wahl und am Wahltag selbst hat es noch als riesengroßes rotes Plakat an den Berliner Litfaß-Säulen geprangt. In ihm werden die Zustände in der Berliner jüdischen Kultusgemeinde, in der bekanntlich eine überwiegende liberale Mehrheit vorhanden ist, als skandalös bezeichnet und ferner etwas von einem „zionistischen Kinderfang" gefaselt. Gemeint ist wohl dabei das der Naumanngruppe so in die Augen stechende Aufblühen der zionistischen und national-jüdischen Jugend- und Turnorganisationen in Deutschland Man kann sich aber denken, welche Vorstellungen mit diesem merkwürdigen Ausdruck bei den christlichen Mitbürgern erweckt wurden! Wie einem Berliner Journalisten zuverlässig berichtet wurde, faßten viele christliche Bürger diese beiden Worte so auf, als werde der „Kinderfang" durch Zionisten zu verbrecherischen, dunklen, unsittlichen Zwecken betrieben. „Es wird", so meint unser Gewährsmann, „also wohl nicht lange dauern, dann wird als neueste Variante ein zionistisches Ritualmordmärchen kolportiert werden." Denn bekanntlich haben ja die aus dem Beilisprozeß noch sattsam bekannten Begründungen der Ankläger darin gegipfelt, daß zwar die Juden als Gesamtheit von diesem Verbrechen freizusprechen seien, daß es hingegen eine gewisse jüdische Sekte gebe, der der Ritualmord erlaubt und geboten sei.

Es gehört schon eine Instinktlosigkeit erstaunlicher Art dazu, sich mit dieser Gruppe politisch — wenn auch nur für eine kurze Wahlkampagne — zu liieren. Und wir können es uns nicht anders denken, als daß diese Verbindung auch in den Reihen der liberalen Juden die größten Bedenken erregt hat. Zugunsten der liberalen Partei nehmen wir an, daß sie selbst dieses Liebäugeln mit Naumann nachträglich als einen schweren Mißgriff erkannt hat, den sie bei späteren Gelegenheiten ähnlicher Art wohl kaum wiederholen wird.

Es bedeutete für die Zukunft des deutschen Judentums geradezu eine Katastrophe, wenn es dieser anti-jüdischen Naumannpartei gelänge, auch nur eine verhältnismäßig unscheinbare Bresche in die Positionen des dentschen Judentums zu schlagen. Und nichts könnte umgekehrt den Glauben an die solidarische Einheit und den noch nicht gänzlich gebrochenen Willen des deutschen Judentums mehr bestärken, als eine unbedingte, kategorische Absage an Naumann und seine Adepten.

* * *

In einem „Volksgemeinschaft" betitelten Leitartikel setzt sich Dr. Eugen Schmidt (München) in der Zentralvereins-Zeitung vom 13. Januar mit dem Zionismus auseinander. Der Verfasser bezeichnet zunächst die Palästinabewegung als eine „für den Idealisten so überaus erfreuliche Erscheinung, indem sie gezeigt hat, wie eine Idee, so ganz utopisch zunächst erscheinend, so ganz „weltfremd", es doch vermocht hat, sich im Reiche der Wirklichkeit bis zu einem gewissen Grade durchzusetzen, eine Leistung, die als bewundernswert neidlos anerkannt werden muß".

Wir verzeichnen mit Genugtuung diese anerkennende Äußerung eines Nichtzionisten im C.V.-Blatt und freuen uns, daß auch im gegnerischen Lager immer häufiger Stimmen laut werden, die die zionistische Leistung gerade der letzten Jahre rückhaltlos anerkennen. Dies umsomehr, als noch wenige Wochen vorher in derselben Zeitung der Zionismus wegen seines metaphysischen Charakters angegriffen wurde. (Ludwig Holländer hatte damals zwar anerkannt, daß „der jüdisch-nationale Gedankengang dem Zentralverein - Gedanken überlegen" sei, „wenn man die Dinge vom Standpunkt der Mystik und Romantik ansieht, wenn man die Gefühlsmomente entscheiden läßt, wenn man das Wesentliche im Metaphysischen sieht". Er fürchtet nur, daß „hier eines schönen Tages eine furchtbare Ernüchterung folgen wird" und glaubt, nach dem Zusammenbruch des europäischen Nationalismus, dem auch der jüdische seine Entstehung verdanke, den Bestand des Judentums mit dem „Zentralvereinsgedanken" sichern zu können.) Wir werden also kaum fehl gehen, wenn wir annehmen, daß die Vorbemerkung der Schriftleitung zu dem Schmidt'schen Artikel, sie könne sich nicht mit allen Punkten des Aufsatzes einverstanden erklären, hauptsächlich auf den angeführten Passus abzielt.

Jedoch nicht dies ist es, das uns veranlaßt, auf den Aufsatz Schmidts näher einzugehen. Der Autor bezeichnet im weiteren den Zionismus als einen Versuch der Juden, aus einer Art Gewissensnot herauszukommen, in die sie die antisemitische Bewegung mit ihrer abstoßenden und zurücksetzenden

Tendenz versetzt habe. Er meint, daß der Zionismus aus einem Optimismus und einem Pessimismus zugleich entsprungen sei, „aus einem Optimismus, insoferne er (der Zionismus) glaubt, daß eine Lösung dieser Gewissensnot überhaupt dem Juden möglich sein wird, aus einem Pessimismus, insoferne er an eine solche Lösung in Deutschland, seinem Ursprungslande, nicht glaubt." Der Verfasser sucht dann zu beweisen, daß dieser Pessimismus in bezug auf Deutschland unberechtigt sei.

Diese Erklärung der inneren Triebkräfte und Ziele des Zionismus entspricht in keiner Weise der zionistischen Auffassung. Wir wollen dem Verfasser zugeben, daß manchmal eine gewisse Beziehung zwischen der Verschlimmerung der jüdischen Lage in irgendeinem Lande und dem Anwachsen der Zahl der zionistischen Anhänger zutage tritt. Gewiß ist der Boden eines vom Antisemitismus durchwüteten Lande für die äußere Verbreitung des Zionismus unter solchen, die bisher dieser Bewegung feindlich oder abwartend gegenübergestanden waren, günstiger als in einem Lande, wo die Gleichberechtigung aller Bürger gesichert und — was noch wichtiger wäre — verwirklicht ist. Trotzdem aber ist die Auffassung, daß für den Zionismus Judenbedrückungen ein bestimmender Faktor sei, längst antiquiert und mit dem Termin „Verelendungs-Theorie" von den Zionisten allgemein abgelehnt. Der wahrhaft verstandene Zionismus lebt nicht von Antisemitismus' und der Judenverfolgungen Gnaden. Er wird auch da und dann Wurzel schlagen und Bestand haben, wo und wenn der Antisemitismus und die Judenverfolgung nicht oder weniger wirksam ist. Der Zionist wird aus seiner „Gewissensnot" auch dann nicht herauskommen, wenn sein Geburtsland die bürgerliche, ja sogar nationale Gleichberechtigung faktisch und — soweit dies möglich ist — vollkommen durchgeführt haben wird. Unsere Freudigkeit bei der Mitarbeit an dem Staate, in dem wir leben, mag wohl durch Antisemitismus gelähmt, durch den Gerechtigkeitssinn unserer christlichen Mitbürger gesteigert werden können. (Das trifft natürlich nicht bloß für Zionisten, das trifft für alle Juden zu, und auch Schmidt gesteht, daß die Abnahme dieser Mitarbeitsfreudigkeit „durch die Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland reichlich Nahrung erhalten hat". Gerade die nichtzionistischen Parteien wissen ja in Zeiten antisemitischer Hochflut von einem gesteigerten Interesse an jüdischem Zusammenschluß zu erzählen.) Was aber dieses Problem mit der zionistischen Gewissensnot zu tun habe, ist nicht recht einzusehen. Die zionistische Gewissensnot ist eine ganz andere. Sie würde auch bei besten staatlichen Verhältnissen und bei größter Judenfreundlichkeit der nichtjüdischen Bevölkerung an ihrer quälenden Heftigkeit nichts einbüßen.

Die zionistische Gewissensnot beruht auf der Erkenntnis, daß jüdischer Geist sich interterritorial, und stieße er auf ein noch so liebevolles Verständnis für seine Eigenart, nicht in seiner Reinheit ausprägen kann. „Was deutsch ist, kann man in dieser von Propaganda entstellten Welt nur in Deutschland erfahren", sagt Arnold Zweig in dem in unserer vorletzten Nummer veröffentlichten Aufsatz über den „heutigen Zionismus". „Es muß eine Stelle auf Erden geben, wo das Jüdische aus sich und durch sich selbst eindeutig bestimmt ist, wie das Deutsche in Deutschland."

Der Zionismus, wie ihn Schmidt versteht, wäre reiner Opportunismus, bloßes Konjunkturprodukt, das beim Schwinden der ihn begünstigenden Umstände in sich selbst zusammenfiele. M. M.



„Der Boden Palästinas macht weise"

Nach allem, was uns aus privaten Berichten und öffentlichen Aufsätzen bekannt wird, macht sich in Palästina augenblicklich ein ungeheures Bedürfnis nach Weisheit geltend. Nicht allein auf dem Umwege über Schulen und die neu zu eröffnende Universität, sondern ganz direkt und auf dem kürzesten Wege suchen Menschen, denen man dies gar nicht ansehen würde, sich in den Besitz der so erstrebenswerten Geisteseigenschaft zu setzen. Und zwar legen sie, da sie nun einmal Juden sind, den Satz zugrunde, den wir über diese unsere bescheidene Meinungsäußerung gestellt haben, das Sprichwort vom Boden Palästinas, der weise macht *). Sie kaufen Boden. Sie kaufen palästinensischen Boden, zu keinem anderen Zwecke offenbar, als durch seinen Besitz weise zu werden. Sie kaufen ihn nämlich nicht, um ihn zu behalten, oder zu bebauen, denn sie verkaufen ihn ja sehr bald wieder. Sicherlich, weil sie nun schon so weise geworden sind, daß sie auch andere Juden dieser erstrebten Gnade teilhaftig werden lassen können. Wir sind doch ein Volk von nächstenliebenden Menschen, und da Palästina ein kleines Land ist, und möglichst viele Juden weise werden wollen und sollen, muß eben ein und derselbe Boden, ein und dasselbe Stück Land seine veredelnde, zum Philosophen machende Eigenschaft an mehreren Juden entfalten können. Und so stehen sie schon vor Morgengrauen vor den Türen glücklicher Besitzer des Bodens und überbieten sich im Preise, um nur ja das zu werden, was früher im jüdischen Volke als höchstes und erstrebenswertestes Ziel männlicher Entwicklung galt: ein Weiser, ein Chacham. Und so seltsam fügt es das Schicksal, das ja bekanntlich die Juden liebt und das Streben nach Gutem belohnt, daß all diejenigen, die durch den vorübergehenden Besitz palästinensischen Bodens weiser geworden sind, merkwürdigerweise — es geht zu wie im Märchen— sich auch reicher geworden finden. Sie bekommen für diesen Boden viel mehr, als sie dafür gaben, und dabei waren sie doch weit entfernt von der Absicht des Reicherwerdens, nicht wahr? Denn sie sind doch Juden,

*) Eine Variierung des hebräischen Sprichworts: „awira de-erez jisrael machkim" („Die Luft Palästinas macht weise"). D. Red.

Erez Israel ist ein heiliges Land, sie haben eine reine Seele („a kuschere Neschome"), wo werden sie mit dem Lande ihrer Väter ein Geschäft machen wollen. Anders verhält es sich doch nicht, nicht wahr? Anders kann es sich doch nicht verhalten?

Es gibt Vorkommnisse, denen gegenüber man sich auf ernsthafte Weise überhaupt nicht verhalten kann. Sie sind so abscheulich, daß sie komisch wirken, verstehe es, wer mag. Die menschliche Seele geruht von gewissen Dingen, die ihr absolut entgegengesetzt und widerlich sind, nur mit einem Lachen Kenntnis zu nehmen. Der Bodenwucher in Palästina, die 50—200prozentige Verteuerung von Siedlungsland und Bauland, die in einem außerordentlich gründlichen und umfangreichen Aufsatz der Herausgeber des Jerusalemer „Haarez", M. Glücksohn, an den Pranger stellt, gehört zu jener Art von Tatsachen. Es hat keinen Sinn, darüber in Klagen auszubrechen; es gibt dazu nur jene drei Stufen der Auseinandersetzung, welche heißen: Lächeln, Erkennen, Abhelfen. Jetzt sehen es auch jene, die den Zionismus um seiner auswählenden, dem augenblicklichen Judentum gegenüber kritischen und erzieherischen Tendenz willen „hochmütig" schalten, wie recht die Vertreter dieses Zionismus, je extremer umso genauer, mit ihren Forderungen hatten. Wir schleppen das Galuth nach Palästina. Nicht als ob es nicht schon vorher dort gewesen wäre. Ein schlimmeres Phänomen der Galuth-Psyche als die Chalukkah, die aus dem Empfänger einen Parasiten an der Judenheit machte, und noch dazu einen heiligen, kann es nicht geben. Aber gleich nach ihm kommt jener Einwanderer, der durch die grauenhafte Raubatmosphäre in stets hungernden Übervölkerungsgebieten, dem ehemaligen Ansiedlungsrayon und heutigen Polen, dazu erzogen worden ist, sich seinen Unterhalt zu schaffen, sich einen Rückhalt zu erwerben, sich für die nächste Notlage vorzusehen, koste es, was es wolle, ohne die mindeste Rücksichtnahme, am allerwenigsten auf seelische und geistige Werte. Wenn wir verstehen wollen, wie er geworden ist, müssen wir uns immer daran erinnern, daß auch er, ehe er in die erbarmungslose und niederträchtige Presse jener jüdischen Massensiedlungen geriet, ein argloses, verständiges, fühlendes und leitbares Kind gewesen ist, aus dem bessere Umstände und vor allem ein leichteres Leben die überraschenden Werte hätten hervorholen können, die aus jedem normalen Menschen zu entwickeln sind. Das Galuth nach Palästina schleppen, das heißt, den Nonsens der Spekulation und den rücksichtslosen Individualismus der modernen Warenwelt auch über dieses Fleckchen auf dem Globus ergießen, das der jüdischen Arbeit vorbehalten war; ein Fleckchen Erde, das bis zum Einsetzen dieser (aus der grimmigen Not des Ostens geborenen) Konjunktur immer nur bemerkenswert war, um des ernsthaften, tapferen und jünglingshaft-männlichen Gemeingeistes willen, der alle seine neuen jüdischen Institutionen durchwaltete. Und was anderes bedeutet dies, als die Erlaubnis für die jüdische Vergangenheit der letzten Jahrhunderte und alle Entstellung, die sie an unserer Seele vornahm, weiter zu wirken und alles zuschanden zu machen, ja als Narren hinzustellen, was von einer Regeneration des jüdischen Volkes, von einer Erneuerung des jüdischen Menschen träumte und lehrte? Es ist der konzentrierte Angriff des triumphierenden Kapitalismus auf all unsere Lehrer und Führer, auf Herzl und Achad Haam genau wie auf Buber und Gordon, Landauer und die vielen Namenlosen, die für die Begründung von Kwuzoth und für die Grundlegung der heutigen Arbeitersiedlungen im Lande ihr Leben ließen, sei es durch den Erschöpfungstod, den freien Tod von eigener Hand oder den Tod durch die arabische Kugel — alle diese zusammengefaßt in dem Namen Josef Trumpeldor. Es ist der Ansturm der Galuthentstellung auf den jüdischen Geist — um es durch Gestalten meines „Ritualmord"-Dramas auszudrücken, der Angriff Jakob Pfefferkorns auf den Elijahu.

Was ist zu tun? Erkennt man den schrankenlosen Individualismus als Grundquelle des Übels, nämlich jenes wahnsinnige „Recht" der Einzelperson auf den Gebrauch der Ellenbogen, dann sieht man sofort den Weg zur Abhilfe: Stärkung des Gemeingeistes, d. h. in Einzelmenschen des Verantwortungsgefühls vor der Gesamtheit, in der Gesamtheit selbst die leidenschaftliche Arbeit für die vom Gemeingeist getragenen Institutionen, in unserem Fall für den Keren Kajemeth. Sieht man weiterhin, daß ohne die kapitalistische Gesinnung, durch welche die an sich segensvolle und unentbehrliche private Initiative zum Raubbau ausartet, diese Verheerung im Lande nicht um sich greifen kann, so weiß man, daß die Arznei gegen diese Krankheit in der Stärkung aller sozialistischen Empfindungs-, Denk- und Tatmomente zu finden ist, wo immer sie im neuen Jischuw auftreten mögen. Die Erziehungsarbeit innerhalb unserer Jugend muß von jetzt an mit verdoppelter Intensität darauf gerichtet sein, soziale Haltung als sittliche Verantwortung des Einzelnen vor der Gesamtheit darzustellen. Denjenigen unter den Einwanderern aber, die nicht gewillt sind, sich, und sei es selbst unter persönlichen Opfern, dieser allein maßgeblichen Denkart anzuschließen, muß man rücksichtslos, mit allen Mitteln des Boykotts und wenn möglich der Gesetzgebung zu Gemüte führen, daß es die Arbeit der Erschließung des Landes durch unsere Fonds und die palästinensischen Arbeiter gewesen ist, und daß sie es ferner nur der aufopferungsvollen und entschlossenen Anstrengung unserer zionistischen Politiker im Lande und außerhalb des Landes zu danken haben (Weizmann!), wenn es ihnen ermöglicht ward, ins Land zu kommen, sich aus der vernichtenden Atmosphäre Osteuropas in ein neues Klima des Leibes und der Seele zu retten. Und daß sie sich der Gesinnung zu fügen haben, die mit dem Aufbau des neuen Jischuw begann,

und die ihn allein segensvoll weiterzuführen imstande ist. Um die alten Methoden jüdischen Lebens zu konservieren und in Palästina zur Auswirkung zu bringen, waren wahrhaftig nicht dreißig Jahre opfervoller Arbeit notwendig. Es wäre eine Schmach für die Vielen, die um eines neuen Lebens willen die Brücken hinter sich abbrachen und sich mit ganzem Herzen und ganzem Wesen, mit dem Geist und dem Körper als Grundmauer von Erez Israel einbauen ließen und lassen, wenn es uns nicht gelingen sollte, eine Handvoll rabiater Bodenspekulanten zur Raison zu bringen. Mit allen Mitteln und ohne Schonung. Es heißt mit der jüdischen Vergangenheit und Gegenwart aufräumen, um der Zukunft willen; damit endlich einmal ein Ende abzusehen sei der Galuthvererbung, und damit der Vernichtung all derjenigen großen und reinen Impulse, die der Jude aus dem Geiste seiner Gesetzgebung und seinem Wesen, für die Gestaltung der Lebenszustände auf der Erde empfangen hat.

Arnold Zweig.

Sabbath Schekalim

פ"שקלים

Zur Zeit, als in der Zionsstadt noch der Tempel mit seinem Opferdienste bestand, wurden nach der Mischnah (Traktat Schekalim) am ersten des Monats Adar an alle Bewohner des Landes Boten entsandt, um jeden Israeliten zu mahnen, einen halben Scheckel rechtzeitig für das Heiligtum zu entrichten, und zwar deshalb pünktlich, damit vom ersten Nissan ab die Opfer im Heiligtum von der neuen Hebe dargebracht werden könnten. Die Einziehung dieses halben Schekels geschah mit größter Strenge; denn (nach der gleichen Mischnah) wurden vom 25. Adar ab alle diejenigen gepfändet, welche der Entrichtung der Steuer nicht nachgekommen waren. Zur Erinnerung daran wurde bestimmt, daß an diesem Sabbath vor dem 1. Adar in den Gotteshäusern neben der allwöchentlichen Sidrah eine Parschah zur Vorlesung kam, welche diese Verordnung enthielt und in welcher auch die Bestimmung beigefügt ist: „Der Reiche gebe nicht mehr, und der Arme nicht weniger als einen halben Schekel!" Auch die jüdischen Dichter, insbesonders Rabbi Elieser-ha-Kalir besingen den halben Schekel als Sinnbild der Freiheit, deren sich Israel einst erfreut hatte. Ganz besonders weist dieser Dichter auf den Unterschied zwischen den zu seiner Zeit so drückenden Judensteuern und den Schekel hin mit den Worten: „Früher sollte ich bloß einen halben Schekel geben und jetzt erdrücken Judensteuern mein ganzes Leben."

Unser Zeitalter weiß nichts mehr von Judensteuern in diesem alten Sinne (denn unsere Gemeindesteuern zählen ja nicht zur Kategorie dieser Abgaben), allein auch des halben Schekels glaubt man enthoben zu sein. Da kommt diese sabbathliche Mahnung, um uns die Bedeutung dieser Vorschrift auch für unsere Zeit in Erinnerung zu bringen. Die Steuer, welche für das Heiligtum auferlegt war, erscheint sehr klein, aber in ihrer Bedeutung groß und wichtig: Die Idee, daß der Reiche nicht mehr, der Arme nicht weniger gebe, d. h. daß alle Menschen vor dem Gesetze, vor dem einen Gott, dem sie alle untertan sind, gleich erscheinen, ist so erhaben, wie sie idealer in keinem Staatswesen der alten oder der neuen Zeit zu finden ist. In der Beschaffung der Ausgaben für den Staat soll und muß es Unterschiede zwischen reich und arm geben, aber in der menschlichen Bewertung vor dem Höchsten, was der Mensch kennt, vor dem Heiligsten seines Innern soll ein Unterschied äußerlich nicht erkenntlich sein. Keine der großen Völker des Altertums, Griechen, Römer, Ägypter usw. hatten ein solches Gefühl von der Gleichheit vor Gott und seinem Gesetze und auch in unserer Zeit kann man hievon nur mit gemischten Gefühlen sprechen. Ein Volk, dessen Schöpfungsgeschichte jeden Menschen als Ebenbild Gottes hinstellt, dem eine Offenbarung, welche sich an das ganze Volk wendet, zuteil wurde, kann unter sich einen Unterschied vor dem göttlichen Gesetze nicht geltend machen.

Aber so wichtig uns die Bedeutung des halben Schekels im ethischen Sinne erscheint, so folgenschwer ist er auch in anderer Beziehung. Das Heiligtum ist dahin, der Opferdienst mit ihm verschwunden, aber Volk und Gemeinden bestehen. Der halbe Schekel wurde nach der Zerstörung des Tempels außer Wirksamkeit gesetzt, wenn auch das Purimfest in anderer Form an diese Spende mahnt. Allein wir sollten diese Abgabe wieder in Geltung bringen; die Neubelebung in unserem Volke mahnt uns, auch die alten Gebräuche, oder besser gesagt, die alten Verordnungen wieder aufleben zu lassen. Auch heute kann mit dem halben Schekel, wenn jeder in Israel ihn spendete, viel für unser Ideal geleistet werden. Möge der Sabbath Parschath Schekalim uns mahnen, in dieser Beziehung unsere Pflicht zu tun.

Ivri.

Die Berliner Sektion des Alpenvereins

Ein antisemitischer Wahlaufruf des Vorstandes. — Forderung eines Numerus clausus bei Aufnahme von Juden

Berlin (J.T.A.). Aus Anlaß der am 13. März d. Js. stattfindenden Neuwahl des Vorstandes der Berliner Sektion des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins verbreitet der jetzige Vorstand dieser Sektion ein von dem Vorsitzenden Dr. Rud. Hauptner unterzeichnetes Rundschreiben an die Mitglieder, in dem abermals zu der viel erörterten Angelegenheit des Ausschlusses der österreichischen Sektion „Donauland" Stellung genommen wird. In diesem Zirkular wird behauptet, daß es sich bei der Neuwahl um die Zukunft der Sektion handle. „Aus Gründen der Erhaltung der alten, hervorragenden Sektion Berlin im Gesamtverein", heißt es da, „erachtet der Vorstand die Entwicklung des Mitgliederstandes in der bisherigen Weise für untragbar. Die Sektion ist von christlichen Mitgliedern gegründet worden und hatte in den ersten Jahrzehnten nur eine geringe Zahl jüdischer Mitglieder. Diese Zahl wuchs infolge der großen Alpenfeste und erfuhr eine weitere Steigerung durch den in den vier anderen Berliner Sektionen streng durchgeführten Arier-Paragraphen. Nach dem Kriege wurde der Zuzug neuer christlicher Mitglieder zur Sektion Berlin immer geringer. Die Zahl der jüdischen Mitglieder dagegen stieg auf über 30%. Das Ergebnis der Hauptverhandlung in Rosenheim in der „Donauland"-Frage gab schon im Dezember einsichtigen älteren jüdischen Mitgliedern den Entschluß, an den Vorstand wegen einer Einschränkung jüdischer Meldung heran-

zutreten.“ — An diese „klare Willensäußerung“ jüdischer Mitglieder, den Zutritt neuer Juden zu mindern, knüpft der Vorstand nunmehr an, und erklärt es als eine Pflicht der Selbsterhaltung der Sektion, eine Steigerung jüdischer Neuanmeldungen einzudämmen. Die Sektion Berlin dürfte nicht länger tatenlos zuschauen, wie mehr und mehr christliche Mitglieder ihr den Rücken kehren und Neuanmeldungen solcher zurückgehen.

Dieses offen antisemitische Wahlprogramm des Vorstandes der Sektion Berlin des Alpenvereins hat unter den zahlreichen jüdischen und freiheitlich gesinnten Mitgliedern der Sektion eine scharfe Proteststimmung hervorgerufen. Man weist darauf hin, daß in dem Wahlaufruf unzweideutig ein Numerus clausus bei der Aufnahme von Juden als Mitglieder angestrebt wird. Bekanntlich hat die Sektion Berlin des Alpenvereins am 27. November 1924 mit einer großen Mehrheit der anwesenden Mitglieder einen Entschluß angenommen, der klar und unzweideutig das Hineintragen politischer Tendenzen in den Alpenverein ablehnt. Seither hat der Vorstand andauernd versucht, diesen Entschluß umzufälschen; durch den jetzigen Wahlaufruf hat der Vorstand den Entschluß der Generalversammlung in sein Gegenteil umgewandelt.

Da zu erwarten ist, daß unter den jüdischen Mitgliedern der Sektion Berlin nach dem Münchner Beispiel eine Bewegung für den Massenaustritt von Juden aus der Sektion entstehen könnte, richten führende Mitglieder der Sektion einen Aufruf an alle Sektionsmitglieder, denen die Erhaltung der alten alpinen Ziele der Sektion Berlin am Herzen liegt, jetzt nicht aus der Sektion auszutreten, sondern den Kampf aufzunehmen und zur Jahresversammlung am 13. März zu kommen, und durch Stimmabgabe dafür zu sorgen, daß dieser Vorstand nicht wiedergewählt wird. In jüdischen Kreisen wird die Frage aufgeworfen, wer die Juden sind, die angeblich an den Vorstand wegen einer Einschränkung jüdischer Meldungen herangetreten sind. In dem Aufruf werden keine Namen genannt.

Der Steigerprozeß in Polen

Seit einigen Monaten hält die polnische Öffentlichkeit eine Affäre in Atem, die geeignet ist, zu allen Drangsalen, denen das polnische Judentum gerade in letzter Zeit durch gewisse in ihrer Wirkung vor allem die Juden schädigende wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung ausgesetzt ist, noch eine hinzuzufügen, die die ohnehin schlimme Lage des polnischen Judentums noch unerträglicher machen wird. Die Berliner „Jüdische Rundschau“ läßt sich über die Entwicklung der „Affäre Steiger“, die vermutlich noch viel Staub aufwirbeln wird, von ihrem Mo. Wa.-Mitarbeiter folgendes berichten:

Im Herbst 1924 besuchte der polnische Staatspräsident Wojciechowski anläßlich der Eröffnung der Ostmesse die Stadt Lemberg. Als er in das Rathaus fuhr, wurde gegen seinen Wagen eine Petarde geschleudert, die keinerlei Schaden anrichtete. Es entstand ein Tumult, das Publikum stob auseinander und die Polizei verhaftete auf Grund der Angabe einer „Artistin“ Pasternak den jüdischen Studenten Stanislaus Steiger, der gerade auf dem Wege in sein Büro war und mit einem Bekannten die Frage eines Geburtstagsgeschenkes für seinen Bürochef besprach. Das erste polizeiliche Communiqué stellte fest, daß die geschleuderte Petarde eigentlich harmloser Natur war und keinen besonderen Schaden anrichten konnte. Als sich doch herausstellte, daß der verhaftete Steiger Jude und Mitglied der Zionistischen Organisation war, wurde ein Sachverständigen-Urteil über die geschleuderte „Bombe“ (die Petarde war avanciert!) von Artillerie-Offizieren eingefordert, die aussagten, die Brisanzkraft der Bombe sei so groß gewesen, daß im Umkreise von vielen Metern eine tödliche Wirkung hätte eintreten können. Auf Grund dieses Sachverständigen-Gutachtens und des in Ostgalizien geltenden Belagerungszustandes wurde Steiger vor ein Kriegsgericht gestellt, das in solchen Fällen nur zwei Arten von Urteilen fällen kann: Verurteilung zum Tode oder Freispruch. Im Prozeß vor dem Kriegsgericht trat als Kronzeugin die erwähnte Pasternak auf, die gesehen haben wollte, wie der verhaftete Steiger die Bombe geschleudert hatte. Während des Prozesses richtete das Komitee der revolutionären Ukrainer Briefe an die zionistische Zeitung „Chwila“ und an den Vorsitzenden des Kriegsgerichtes, in denen es erklärte, das Attentat gegen den Staatspräsidenten sei von seiner Kampforganisation ausgegangen. Das Kriegsgericht konnte die Schuld Steigers nicht feststellen, traute sich aber unter dem Drucke der antisemitischen polnischen Öffentlichkeit nicht, den Beschuldigten freizusprechen. Es übergab den Fall dem ordentlichen Strafrichter. Man nahm in diesem Stadium der Angelegenheit an, daß Steiger nach kurzer Zeit freigelassen würde. Der Lemberger Untersuchungsrichter und die Lemberger Polizei hielten jedoch, von der judenhetzerischen Preßkampagne beeinflußt, an der Fiktion von Steigers Schuld fest. Eines Tages gab ein Ukrainer namens Mikietin, der sich später als Polizei-Konfident entpuppte, an, daß der Attentäter ein gewisser Panczyszyn sei, der sich in Warschau aufhalte. Panczyszyn wurde verhaftet und konnte sein Alibi lückenlos nachweisen. Mikietin wurde nun ins Kreuzverhör genommen und erklärte, offenbar unter dem Drucke des polizeilichen Verhörs, mehrere angesehene Juden hätten ihn veranlaßt, Panczyszyn als Attentäter zu bezeichnen, wofür ihm eine Belohnung von tausend Dollar versprochen worden sei. Der Lemberger Untersuchungsrichter Rutka ließ nun vier angesehene Juden, die Herren Jäger, Glasermann, Münz und Kornhaber, sowie den Besitzer eines Detektiv-Büros, den Polen Dwornitzki, wegen Anwerbung eines falschen Zeugen verhaften. Sofort nach der Verhaftung lief bei der Polizei eine Anzeige ein, daß sich im Hause Steigers weitere Bomben befinden, was ein Beweis dafür sei, daß Steiger einen umfassenden Attentatsplan vorbereitet hatte. Gleichzeitig meldete Steigers Vater, daß in seinem Hause Bomben vorhanden seien, die offenbar von antisemitischer Seite in sein Haus geschmuggelt wurden. Daraufhin sagte der bereits erwähnte Leutnant Regenstreif aus, daß er während des Krieges im Hause Steigers gewohnt und dort diese Bomben als Heeresgut untergebracht hatte. Erwähnenswert ist noch der Zwischenfall, daß die Kronzeugin Pasternak nach dem Kriegsgerichts-Prozeß auf der Straße überfallen wurde, was die antisemitische polnische Presse als einen von Juden unternommenen Versuch bezeichnete, die Kronzeugin beiseite zu schaffen.

Im Zusammenhang der Affäre Steiger wurden der Reihe nach viele Personen, darunter die Familienangehörigen Steigers mehrmals verhaftet. Im Untersuchungsgefängnis befinden sich Steiger, die vier verhafteten Juden, der Detektiv Dwornitzki, der Ukrainer Mikietin und noch einige Nebenpersonen. Die Untersuchung gegen alle Angeklag-

ten wird furchtbar schleppend geführt und täglich widerhallt ganz Polen von neuen Sensationsmeldungen im Zusammenhang mit der „Sprawa". Die besten Verteidiger des Landes haben sich in den Dienst der Angeklagten gestellt. Der jüdische Sejmklub interveniert ununterbrochen bei allen möglichen Zentralstellen; bald heißt es, daß der Prozeß in Lemberg, bald wieder, daß er in Warschau zur Verhandlung gelangen wird. In der gesamten Öffentlichkeit, in Schule und Amt wirkt sich die Affäre Steiger aus. Jüdische Schulkinder werden von der Beteiligung an Schüleraufzügen ausgeschlossen. Überall werden die jüdischen „Bombenwerfer und Attentäter" zurückgesetzt. Die gesamte Judenheit Polens wird als eine große Organisation von Staatsfeinden und Mördern behandelt. Die Warschauer Zentralregierung lehnt es ab, in „dieses schwebende Verfahren" einzugreifen und die gesamte polnische Politik im Innern wird in starkem Maße von der „Sprawa Steiger" beeinflußt.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

הננו מזמינים את כל חובבי השפה העברית לשיחה שתערך בשבת בשעה 5 במשרד ההס' הציונית מינכן. (Ottostr. 2)

München. Von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden wird uns mitgeteilt: Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden war in der vergangenen Woche zusammen mit den Vertretern der anderen Verbände der freien Jugendwohlfahrt vom Reichsministerium des Innern zu einer Aussprache eingeladen. Der Zweck der Aussprache war, Klarheit darüber zu schaffen, ob nach den Erfahrungen der freien Verbände der Grundgedanke des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, nämlich das Zusammenwirken von privaten und öffentlichen Organen in fruchtbringender Weise zur Geltung gekommen ist. Die freien Verbände der Jugendwohlfahrt, darunter auch die Zentralwohlfahrtsstelle, haben dem Ministerium ihre Wünsche zur Kenntnis gebracht. Es hat sich nämlich gezeigt, daß sowohl bei Landesjugendämtern als auch bei den Jugendämtern die Mitarbeit der freien Verbände noch nicht in einer befriedigenden Weise gesichert ist. Aus diesem Grunde werden die Jugendämter seitens des Ministeriums darauf hingewiesen, daß in Zukunft möglichst dem Sinne des Gesetzes entsprechend die freie Wohlfahrtspflege zu einer tatsächlichen Mitarbeit in der von ihr gewünschten Form herangezogen wird. Die Zentrale der freien Jugendwohlfahrt wurde mit der Aufgabe betraut, eine Prüfung des jetzigen Standes der Zusammenarbeit von dem Gesichtspunkte der freien Wohlfahrtspflege aus vorzunehmen. Die jüdischen Wohlfahrtsämter bezw. die Vereinigung der Jugendwohlfahrt seien nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Mitarbeit bei dem für sie zuständigen Jugendamt von größter Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der jüdischen Jugendwohlfahrt ist. Ein Fachausschuß für Jugendwohlfahrt ist als Beirat zur Zentralwohlfahrtsstelle gebildet worden.

Hebräische Kurse, München. Mit Monat Februar schließt das Wintersemester. Ab 1. März werden neue Kurse eröffnet, die bis Mitte Juli fortgeführt werden sollen. Die bisher bestehenden Kurse des Herrn Argasi bleiben auch für das Sommersemester. Die Teilnehmer werden gebeten, bis spätestens 8. März sich im Büro der hebräischen Kurse, Ottostraße 2, für das neue Semester einzuschreiben und sich dort in den Besitz einer Teilnehmerkarte zu setzen. Für einen beabsichtigten neuen Anfängerkurs des Herrn Argasi werden Meldungen ebenfalls dort entgegengenommen. Das Unterrichtsgeld ist wie im Wintersemester auf 20 Mark pro Person und Semester angesetzt. Als erste Rate werden 10 Mark bei der Anmeldung erhoben.

München. Die Vorträge des Herrn Argasi allsonnabendlich abends 8 Uhr im Bibliotheksaal der Gemeinde über Palästina, das Land und seine Geschichte bringen ein Bildermaterial von der Kultur des palästinensischen Altertums (aus der Prähistorie und der Zeit des babylonisch-hetitisch-ägyptischen Einflusses), das geradezu als hervorragend bezeichnet werden muß. Selten wird man in München Gelegenheit haben, eine derartige Fülle charakteristischster Beispiele aus diesen interessanten palästinensischen Kulturepochen zu sehen. Der letzte Vortragsabend behandelte das Problem des philistäischen (kretischen) Kultureinflusses in Palästina. Die nächste Vorführung, 21. Februar, wird einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Kultureinflüsse der klassisch-biblischen und nachbiblischen Zeit geben.

Bar Kochba München. Wir haben bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorbereitungen für das anfangs April stattfindende Schauturnen es unbedingt erfordern, daß sämtliche Mitglieder regelmäßig zum Turnen kommen. Nunmehr richten wir diese dringende Aufforderung besonders an diejenigen, die bereits eingeteilt, also eine zusammengehörige Gruppe bilden. Sämtliche Abteilungen werden an diesem Schauturnen teilnehmen. Die Übungszeiten sind für die Damen Dienstag von 7—9 Uhr, für die Herren Mittwoch von 7—9 Uhr, für die Mädchen Mittwoch von 5 bis 7 Uhr, für die Knaben Dienstag von 6 bis halb 8 Uhr und für die Alte Herren-Riege Mittwoch von 7—9 Uhr jeweils in der Herrnschule. Neuanmeldungen nehmen die Abteilungsleiter dortselbst entgegen.

Bar Kochba München. Leichathletik-Abteilung. Außer den bereits bekannten Veranstaltungen wie Schauturnen, Erstlingsneunkampf und Grünwald-München beabsichtigen wir, uns mit einer 10×400 m Staffel bei den großen Hallenwettkämpfen in Nürnberg anfangs März zu beteiligen. Alle hiefür in Frage Kommenden werden dringend aufgefordert zum Training zu kommen, damit eine Ausscheidung der wirklich Besten erfolgen kann. Das Training findet statt jeden Mittwoch von 7 bis 9 Uhr in der Herrnschule. Neuanmeldungen werden dortselbst entgegengenommen. Die Leitung.

Dem Bar Kochba sind nachfolgende Spenden zugegangen, für die der Verein herzlichst dankt. M. Diamand anläßlich der Silberhochzeit Mk. 40.—, Pories anläßlich der Verlobung Laura Pories—Norbert Bendel Mk. 25.—, Dr. S. Lichtenstaedter Mk. 10.—; Gustav Schmitt-Pfarrkirchen Mk. 10.—.

Palästina-Amt München. Tägliche Sprechzeit 1 bis halb 3 Uhr nur Rothmundstr. 6/I, welche ich genau einzuhalten bitte.

Paul Grünbaum.

Jüd. Kulturverein München. Samstag, den 21. Februar 9 Uhr abends Vorlesung aus Perez: „Bonze Schweig!" mit Erläuterungen und „Schwester" im Sitzungssaal des Zentralvereins, Herzog Maxstraße 5, Rückgebäude I. Stock.

München. Kompositionsabend H. Schalit. Über die am 7. März im Museum zum Vortrag gelangenden „Seelenlieder" Schalits urteilt der ehemalige Operndirektor des Münchener Nationaltheaters Bruno Walter: „Die „Seelenlieder" von Heinrich Schalit sind Kompositionen von ernster und ergreifender Innerlichkeit, formeller Geschlossenheit und starker melodischer Kraft. Ihre Wirkung ist unmittelbar und ich darf wohl sagen, daß sie zu den erfreulichsten Eindrücken gehören, die ich seit langem von moderner Liedkomposition empfangen habe." Näheres über das Programm des Abends siehe das Inserat in der vorigen Nummer.

Jüdischer Gesangverein München. In der Generalversammlung gedachte der Vorstand Herr Dr. Bettsak der Verstorbenen, Frau Herrschmann und Frl. Dreyfuß, mit warmen ehrenden Worten. Der Bericht über das verflossene Jahr registriert: Purimfeier im Bayer. Hof, Konzert im Odeon, Ausflug nach Wolfratshausen mit Vorträgen im Kinderheim, Simchasthorafeier im Bayer. Hof, Konzert in der Gesellschaft Concordia, Enthüllung und Einweihung der Gedenktafel und des Ehrenmales für die jüdischen Gefallenen, Chanukafest in der Tonhalle; also ein Beweis für die Notwendigkeit des Vereins, der außerdem an den hohen Festen den Chor in der Tonhalle ganz aus seinen Mitgliedern stellte. Dem Dirigenten Hrn. Kapellmeister Jos. Ziegler wurde der wärmste Dank aller Anwesenden ausgesprochen, ein Dank, den Herr Cahn besonders dahin erweiterte, daß ohne die hingebungsvolle Arbeit Herrn Zieglers das Fortschreiten des Vereins unmöglich war. Herr Cahn bedauerte die Indolenz der Münchner Judenheit dem Verein gegenüber; während alle möglichen und unmöglichen Konzerte von Juden besucht werden, schneidet man den jüdischen Gesangverein. Im April gibt der Verein ein Synagogenkonzert, in dem die chronologische Entwicklung des Synagogengesangs von Rossi — 1600 — bis heute durch Sulzer, Lewandowsky, Nauenburg, Kirchner, Ziegler vorgeführt wird. Alle Münchner Juden und Jüdinnen, denen es Ernst mit Kunst ist, werden gebeten, dem Verein ihre Unterstützung zu leihen: Anmeldungen Dienstag abends in den Proben in dem Bibliotheksaal der jüdischen Gemeinde.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis
vom 10.—17. Februar 1925.

Allgemeine Spenden. Dr. Walter Markowicz dankt Dr. M. J. Gutmann 10.—, gesammelt bei der Verlobung Pories-Bendel 25.—, Fam. B. Sachsenhaus grat. Herrn und Frau Diamand zur Silberhochzeit 2.—, Fam. Gidalewitsch grat. zur Silberhochzeit Orljansky und zu den Verlobungen Orljansky-Stein, Fleischer-Ziegler, Gostinski-Holzapfel, Schapira-Sigal 5.— = 42.—.

Gold. Buch Richard Fraenkel s. A. Max u. Alice Jeidel, Edith Sachs grat z. Vermählg. Blum-Osmiansky 4.—, Camilla Hohenberger und Henny Feuchtwanger danken Herrn und Frau Dr. Kretschmer 5.— = 9.—.

Gold. Buch Sarah Reich s. A. Dora Monheit und C. Hohenberger danken Robert Beer 3.—.

Büchsen. Geleert durch Fritz Einstein: Nattenheimer 0.70, Rosenbaum 4.—, Dr. A. Weihl 7.—, Fleischmann 2.—, Engelbert 1.—, Eisenkling 3.15, Saposchnik 2.67, Neuß 1.50, Schaller 12.03, Goldfarb 1.—, Unger 1.—, Theilheimer 1.65, Lichtenauer 4.—, Hofmann 3.—, N. N. 4.—, Rapaport 8.80, Cheikowsky 3.—, Levi 17.60, Wildberg 1.15 = 30.55.

Einzelne Büchsen. Zionistische Ortsgruppe 7.40, Dr. Max Mayer 3.— = 10.40.

N.F.-Telegramme 2.—.

Gesamtsumme 146.65.

Gesamtausweis seit 1. Oktober 1924 Mk. 3792.43.

Nürnberger Spendenausweis
vom 13. Februar 1925.

Spendenbuch. Herr und Frau Salomon Ehrlich anl. d. Vermählung ihrer Tochter 30.—.

Allgemeine Spende. Dr. Bamberger 8.50, Herr Percikowitsch dankt Franz Steinhardt 2.—.

Büchsen. Durch Justin Goldschmidt: Dr. Bamberger 20.—, Schumann 3.20, Dr. Weiner 1.—, Dr. Grünbaum —.50 = 24.70. Durch Robert Altmann und Hans Hirschheimer: Dr. Nußbaum 13.—, Percikowitsch 5.30, Franz Steinhardt 9.70 = 28.—.

Gesamtsumme 93.20.

Stuttgarter Spendenausweis.

Isak Pariser u. Frau Selma-Garten. Ges. bei Brith-Milah Oswald Pariser 10 Bäume auf dessen Namen.

B. Freundl u. Frau Anna-Garten. Ges. bei Barmizwahfeier David Rimpel 5 Bäume auf dessen Namen.

Thora-Spenden. Fendel 4.—, Rimpel 2.—.

Geschäftliches

Im Inseratenteil erscheint ein Hinweis der Firma Selmar Kaufmann G. m. b. H., Berlin C. 54 und NW. 23, worin die Firma auf ihre neuerrichtete, unter Aufsicht der Addas Isroel stehende Konservenfabrik aufmerksam macht. Für alle rituell lebenden Juden eine nicht zu übersehende Annehmlichkeit.




Rau-Thallmaier
München
Theatinerstr. 18.
Feine Gläser & Porzellane

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Max Mayer, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.